

Der Vollzugsdienst

2/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Geiselnahme und schwere Übergriffe auf Bedienstete – Der Justizvollzug im Brennpunkt

Kommt der Justizvollzug in Deutschland an seine Grenzen?

Seite 1

Ist der Justizvollzug für die Medien nur bei Skandalen interessant?

Beachtung ebnete schnell ab – Objektivität bringt keinen Reißer

Seite 26

Die Inflation lässt die Steuereinnahmen in Deutschland kräftig sprudeln

Die Steuerquote erreicht 2022 einen neuen Rekordwert

Seite 42



Übergriffe auf JVA-Bedienstete

Jetzt ist Handeln nötig – Der BSBD sieht Möglichkeiten



BADEN-WÜRTTEMBERG



RHEINLAND-PFALZ



SACHSEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Der Justizvollzug im Brennpunkt – Kommt der Justizvollzug in Deutschland an seine Grenzen?
- 2 Teuerungsrate gegenüber Vorjahren deutlich erhöht
- 3 Wiederholt sich die Geschichte? Die Totengräber der Demokratie sprechen oft die Sprache der Demokratie

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
 - 16 Bayern
 - 17 Berlin
 - 21 Brandenburg
 - 25 Hamburg
 - 29 Hessen
 - 35 Mecklenburg-Vorpommern
 - 40 Niedersachsen
 - 42 Nordrhein-Westfalen
 - 56 Rheinland-Pfalz
 - 58 Saarland
 - 60 Sachsen
 - 64 Sachsen-Anhalt
 - 70 Schleswig-Holstein
 - 76 Thüringen
- 63 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 3: 15. Mai 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 3: 13. Juni 2023



Der Justizvollzug im Brennpunkt

Kommt der Justizvollzug in Deutschland an seine Grenzen?

Der deutsche Justizvollzug kommt momentan nicht aus den Schlagzeilen. Beginnend mit der Geiselnahme in der JVA Burg, über den Messerstecher von Brockstedt und weiter über die schweren Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete in Schleswig Holstein und unter Gefangenen. Eines lässt sich übereinstimmend feststellen, die beteiligten Straftäter der o. g. Vorfälle sind nicht nur hochkriminell, sondern offenbar auch psychisch auffällig. Der Maßregelvollzug und andere geschlossene psychiatrische Einrichtungen sind überbelegt und wie so häufig, beim Versagen anderer Behörden, soll es der deutsche Justizvollzug richten.

Behandlungsbedürftige Personen werden in den Justizvollzugsanstalten untergebracht, wenn sie straffällig wurden oder werden könnten.

Die Gesetzesänderung des Bundesministeriums der Justiz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts, Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt ist dabei keine große Unterstützung im Bereich von Suchterkrankten und damit psychisch labilen Inhaftierten, da zukünftig Therapieversager weiter ohne Behandlung in den Justizvollzugsanstalten verbleiben.

Dass der Justizvollzug darauf in der Regel nicht vorbereitet ist, kann übereinstimmend festgestellt werden. Psychiatrisch auffällige Inhaftierte werden also zum Teil provisorisch behandelt und somit eher verwahrt.

Die psychiatrische Betreuung von auffälligen Inhaftierten in Haftanstalten stellt eine Herausforderung dar, da viele Gefängnisse nicht über ausreichend medizinisch geschultes Personal oder spezialisierte Einrichtungen ver-

fügen, um eine angemessene psychiatrische Behandlung zu gewährleisten.

Eine relevante Studie ist die „Studie zur Gesundheit von Gefangenen in Deutschland“ (SuG) aus dem Jahr 2016, die vom **Robert Koch-Institut** im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit durchgeführt wurde. Diese Studie zeigt, dass psychiatrische Auffälligkeiten im deutschen Strafvollzug weit verbreitet sind und häufiger vorkommen als in der Allgemeinbevölkerung.

Es gibt jedoch einige Möglichkeiten, wie Haftanstalten die psychiatrische Betreuung von auffälligen Inhaftierten verbessern können.

Psychologische Betreuung und Behandlung im Strafvollzug ausbauen

In Bezug auf Maßnahmen, die Justizministerien ergreifen können, gibt es verschiedene Ansätze. Eine Möglichkeit wäre, die psychologische Betreuung und Behandlung im Strafvollzug zu verbessern und auszubauen. Eine weitere Option wäre, alternative Strafen und

Programme weiter zu entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Straftätern mit psychischen Erkrankungen zugeschnitten sind, um ihre Reintegration in die Gesellschaft zu erleichtern.

Einzelne Justizvollzugsanstalten können ebenfalls Maßnahmen ergreifen, um den Umgang mit psychisch kranken Gefangenen zu verbessern. Dazu sollten Schulungen für das Personal zu diesem Thema stattfinden sowie die Einrichtung spezieller Einheiten oder Programme für Gefangene mit psychischen Erkrankungen.

Zudem sollten psychiatrische Behandlungen in Zusammenarbeit mit externen Fachärzten und Therapeuten erweitert angeboten werden.

Eine erfolgreiche Bewältigung erfordert eine breite Zusammenarbeit und einen systematischen Ansatz, um die Bedingungen im Strafvollzug und die psychische Gesundheit der Insassen zu verbessern.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Thematik sehr komplex ist und es keine einfachen Lösungen gibt.

Um die Situation zu verbessern, kommen beispielsweise folgende Maßnahme in Betracht:

- Die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung im Strafvollzug, z. B. durch den Einsatz von mehr psychiatrischem Personal oder die Einrichtung von spezialisierten Stationen in Zusammenarbeit mit psychiatrischen Einrichtungen außerhalb des Strafvollzugs.
- Die Schulung des Personals im Umgang mit psychisch kranken Gefangenen. Diese sollten die Vollzugskollegen sensibilisieren auf Anzeichen von psychischen Problemen bei den Gefangenen zu achten, sie zu erkennen und entsprechend weiterzuleiten.
- Sozialarbeiter spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Inhaftierten mit psychischen Erkrankungen oder Auffälligkeiten. Sie unterstützen dabei, geeignete Behandlungsmöglichkeiten zu fin-



Eine Studie die vom Robert Koch-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit durchgeführt wurde zeigt, dass psychiatrische Auffälligkeiten im deutschen Strafvollzug weit verbreitet sind.

Foto: monticellllo/stock.adobe.com

den, begleiten den Prozess der Resozialisierung und helfen auch bei der Nachsorge, wenn die Inhaftierten aus der Haftanstalt entlassen werden.

Es gibt verschiedene internationale Studien zum Anstieg psychiatrischer Auffälligkeiten im Strafvollzug. Einige dieser Studien sind:

- **Prevalence of mental disorders in European prison populations: a systematic review and meta-analysis** von Fazel et al. (2016).

Diese Studie untersuchte die Prävalenz psychischer Störungen bei Gefangenen in Europa und fand heraus, dass die Prävalenz von psychiatrischen Störungen in Gefängnissen signifikant höher ist als in der Allgemeinbevölkerung.

- **„Kurzberichterstattung zum Projekt Gefangenenbefragung in der deutschen Justizvollzugsanstalt“ aus dem Jahr 2014.** Die Studie zeigt, dass es eine hohe Prävalenz von psychischen Störungen bei Gefangenen gibt und dass viele Insassen nicht adäquat versorgt werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zunahme psychiatrischer Auffälligkeiten im deutschen Strafvollzug ein besorgniserregender Trend ist.

Um diesem entgegenzuwirken, müssen alle beteiligten Akteure verstärkt in die personelle Ausstattung unserer Vollzugsanstalten, die psychosoziale Versorgung und die Prävention von psychischen Störungen investieren. Nur so kann eine nachhaltige Verbesserung der Situation erreicht werden.

Die Reintegration von Straffälligen ist eine wesentliche Aufgabe des Justizvollzuges

Eine wesentliche Aufgabe des Justizvollzuges ist die Integration/Reintegration von Straffälligen. Unumgänglich ist dabei, die Auseinandersetzung mit der Tat und das Erkennen der Unrechtmäßigkeit des Handelns durch den jeweiligen Straftäter.

Wie aber umgehen mit Inhaftierten, die offensichtlich psychisch so beeinträchtigt sind, dass eine rationale und emotionale Auseinandersetzung mit der Tat gar nicht möglich ist?

Es ist daher dringend notwendig, dass vor allem im politischen Raum über eine Neuaufstellung der psychiatrischen Versorgung von Inhaftierten diskutiert wird, dabei sind die Justizvollzugsanstalten miteinzubeziehen. Zum einen zum Schutz der Bediensteten und der Insassen und zum anderen zum Schutz der Bevölkerung, um die Zahl der Vorfälle wie Brockstedt weitestgehend zu minimieren.

Die Teuerungsrate gegenüber den Vorjahren ist deutlich erhöht

Die Inflationsrate in Deutschland lag 2022 im Jahresdurchschnitt bei 7,9 Prozent. Verbraucherinnen und Verbraucher zahlten vor allem mehr für Energie und Nahrungsmittel.

7,9 Prozent – so hoch war die Inflation in der Bundesrepublik Deutschland im **Jahresdurchschnitt 2022**. Die Teuerungsrate erhöhte sich gegenüber den Vorjahren sehr deutlich, **so das Statistische Bundesamt**.

Die hohen Energiekosten und der damit einhergehende Anstieg bei den Lebensmittelpreisen sorgten für höhere Ausgaben. Den Höhepunkt fand die Inflationsrate im Oktober 2022 bei **10,4 Prozent**.

Auch wenn nicht alle Preiserhöhungen vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wurden, wurden für sie besonders Energie und Nahrungsmittel spürbar teurer. Während sich die Energieprodukte im Jahresdurchschnitt 2022 um 34,7 Prozent verteuerten, stiegen die Preise für Nahrungsmittel im Schnitt um 13,4 Prozent im Vergleich zu 2021.

Inflationsrate Deutschland in Prozent und Jahr:	
3,1%	2021
7,9%	2022

Die Forderungen für die Verhandlungen im TV-L stehen noch nicht fest. Diese werden wohl nicht anders aussehen wie zur Zeit in den Verhandlungen im TVÖD. Die Forderungen des **BSBD**

stehen seit den letzten Verhandlungen und wir werden davon nicht abweichen. Das sind wir all unseren Kolleginnen und Kollegen einfach schuldig.

Stopp – DER ARBEITGEBER IST ES IHNEN SCHULDIG!

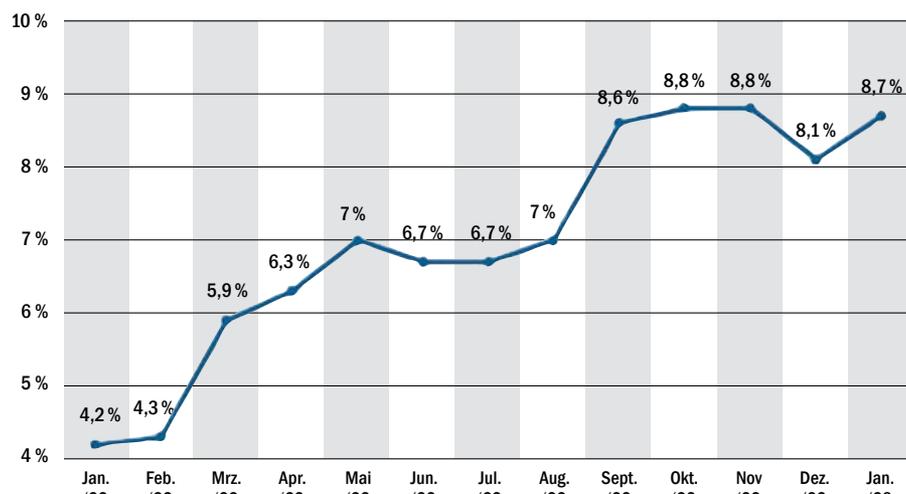
Und wieder einmal sieht die Arbeitgeberseite es anders. Warnstreik nach Warnstreik geht durch unser Land. Auf der einen Seite wird zu Recht für die einfachsten Arbeiten ein Mindestlohn gefordert, damit die Menschen überhaupt über die Runden kommen, doch bei den eigenen Mitarbeitern landauf landab, hier zählt es nicht. – **Es ist einfach nur noch schlecht. Frust, Wut und Unverständnis bei den Beschäftigten ist die Folge.**

Auf der einen Seite werden Steuergelder verbrannt, siehe Schleswig Holstein mit dem IT-System für die Personalverwaltung, welches eigentlich 26,5 Millionen kosten sollte und nun mit 111 Millionen zu Buche schlägt. Und als Bonus soll dadurch Personal eingespart werden. Welches Personal? Die N.N die es in den Ländern mehr als genug gibt?

Wir müssen attraktiver und interessanter für Bewerber werden. Schöne Worte. Man wird in den nächsten Jahren Probleme haben, das Personal überhaupt zu halten. Und wollen wir doch ehrlich sein, wer kann es denn den Mitarbeitern verdenken, wenn sie dem öffentlichen Dienst den Rücken zukehren und in die Privatwirtschaft gehen. Ich nicht.

Sönke Patzer
Stv. Bundesvorsitzender

Inflationsrate in Deutschland von Januar 2022 bis Januar 2023 (Steigerung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat)



Quelle: Statistisches Bundesamt © Statista 2023

Wiederholt sich die Geschichte ?

Die Totengräber der Demokratie sprechen oft die Sprache der Demokratie

Zum Seminar mit dem Thema „Wiederholt sich die Geschichte?“ hatte Bundesseminarleiter Winfried Conrad nach Koblenz in das Hotel Diehl eingeladen. Insgesamt 16 Kolleginnen und Kollegen aus fünf Bundesländern waren der Einladung gefolgt.

Den Einstieg ins Seminar machte Dieter Burgard zu dem Thema: **Wachsen der Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland!**

Dem Seminarorganisator war es gelungen mit Herrn Burgard den bundesweit ersten Antisemitismusbeauftragten und Beauftragten für das jüdische Leben als Referent zu verpflichten.

Zwischenzeitlich im Ruhestand, war er zuvor viele Jahre Abgeordneter im rheinland-pfälzischen Landtag und acht



Auf die Seminarteilnehmer warteten beeindruckende Vorträge.

Foto: BSBD



Der pensionierte Richter Joachim Hennig referierte über die deutsche Geschichte ab Beginn der Weimarer Republik bis zum Kriegsende 1945.

Foto: BSBD

Jahre Bürgerbeauftragter. Er berichtete aus seiner langjährigen Tätigkeit, aber auch über die besorgniserregende heutige Entwicklung. Erschreckend sei die stetige Zunahme der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund.

Am zweiten Tag stand zunächst im Fokus die deutsche Geschichte ab **Beginn der Weimarer Republik bis zum Kriegsende 1945**. Ein absoluter Fachmann für dieses Thema ist Herr **Joachim Hennig** aus Winnigen bei Koblenz. Der pensionierte ehemalige Richter am Oberverwaltungsgericht Koblenz ist schon seit Jahrzehnten an-

erkannter Fachmann für die Verfolgung der Juden in Koblenz. Aus seiner jahrelangen Gedenkarbeit konnte er die Entwicklung nach der Machtübernahme der Nazis anhand persönlicher Einzelfälle berichten. Beeindruckt und sehr nachdenklich waren die Seminarteilnehmerinnen und Teilnehmer über die Tatsache, wie schnell die Nazis die Macht an sich gerissen hatten. Die Thematik: „**Es kann alles ganz schnell gehen**“, war als Warnung gemeint im Hinblick auf unsere jetzige Demokratie.

Als dritter Referent trat Herr **Dr. Luay Radhan** auf. Er hatte als Thema: Der Blick des „**Nahen Osten**“ und des

„**Islam**“ auf die Politik der Amerikaner und Europäer.

Am letzten Seminartag referierte Kollege **Winfried Conrad**. Kollege **Conrad** ist seit über 10 Jahren der Bundesseminarleiter unserer Fachgewerkschaft auf Bundesebene. Er beleuchtete die Problematik: „**Wenn die Gesellschaft kippt – wo stehen dann die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes?**“

In lebhaften Diskussionen und einer gespielten Podiumsdiskussion wurden tagesaktuelle politische Entwicklungen vermittelt. **Die Reihe der BSBD-Seminare zum Thema Demokratie wird fortgesetzt.** ■



Demokratie ist nicht selbstverständlich. Das Demokratiefördergesetz stellt die wichtige Arbeit zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politische Bildung in Deutschland auf eine stabilere und nachhaltigere Basis.

Foto: hkama/stock.adobe.com

Foto: drubig-photo/stock.adobe.com

Werden Sie Mitglied

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

WIR
stehen
zusammen!

Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug

BSBD

Mehr
Informationen:
www.bsbd.de